



WIRTSCHAFTSTREUHAND
GMBH

WM Wirtschaftstreuhand GmbH
Steuerberatungsgesellschaft

Am Gaisberg 12 | 5310 Mondsee
office@wmwt.at

Tel.Nr.: 06232/37118
Fax: 06232/37118-20

KLIENTEN-INFO – WIRTSCHAFTS- & STEUERRECHT FÜR DIE PRAXIS

JÄNNER 2021

KLIENTEN-INFO

EIN SERVICE FÜR KLIENTEN UND INTERESSENTEN



STEUERTERMINE 2021

JÄNNER

Fälligkeiten

- 15.1. USt für November 2020
Lohnabgaben (L, DB, DZ, GKK,
Stadtkasse/Gemeinde) für
Dezember 2020

Fristen und Sonstiges

- Ab 1.1. Monatliche Abgabe der Zusammenfassenden Meldung, ausgenommen bei vierteljährlicher Meldepflicht
- Bis 15.1. Entrichtung der Dienstgeberabgabe 2020 für geringfügig Beschäftigte

FEBRUAR

Fälligkeiten

- 15.2. USt für Dezember 2020 bzw. 4. Quartal
Lohnabgaben für Jänner
ESt-Vorauszahlung 1. Viertel

- 15.2. KöSt-Vorauszahlung 1. Viertel

- 28.2. Pflichtversicherung SVA

Fristen und Sonstiges

- Bis 1.2. Meldepflicht für bestimmte Honorarzahllungen 2020 (E18) in Papierform
- Bis 15.2. Nachverrechnung und Abfuhr der Lohnsteuer im Rahmen des 13. Lohnabrechnungslaufs zwecks steuerlicher Zurechnung zum Jahr 2020
- Bis 15.2. Erstellung und Überprüfung des Jahresbelegs für das Jahr 2020 (pro Registrierkasse)
- 28.2. Jahreslohnzettelübermittlung per ELDA
- 28.2. Meldung der Aufzeichnung betreffend Schwerarbeitszeiten
- 28.2. Meldepflicht von Zahlungen gem. § 109a und b EStG aus dem Vorjahr (elektronische Datenüber-

INHALT JÄNNER 2021

- » Steuertermine 2021
- » COVID-19-Verlustersatz für ungedeckte Fixkosten
- » Bilanzierung von Investitionsprämien und Fixkostenzuschüssen nach UGB
- » Registrierkassen-Jahresbeleg bis spätestens 15. Februar prüfen
- » Steuerliche Einkünfte eines nicht wesentlich beteiligten GmbH-Gesellschafters

STEUERTERMINE 2021

(Fortsetzung von Seite 1)

mittlung an das Finanzamt)

- 28.2. Frist für die Beantragung der Covid-19-Investitionsprämie endet

MÄRZ

Fälligkeiten

- 15.3. USt für Jänner
Lohnabgaben für Februar

Fristen und Sonstiges

- 31.3. Kommunalsteuer- und Dienstgeberabgabeerklärung 2020 bei Stadtkasse/Gemeinde

APRIL

Fälligkeiten

- 15.4. USt für Februar
Lohnabgaben für März

Fristen und Sonstiges

- 30.4. Abgabe der Steuererklärungen 2020 (Einkommen-, Umsatz-, Körperschaftsteuer) in Papierform und Feststellung der Einkünfte gemäß § 188 BAO

MAI

Fälligkeiten

- 17.5. USt für März bzw. 1. Quartal
Lohnabgaben für April
Est-Vorauszahlung 2. Viertel
KöSt-Vorauszahlung 2. Viertel
- 31.5. Pflichtversicherung SVA

JUNI

Fälligkeiten

- 15.6. USt für April
Lohnabgaben für Mai

Fristen und Sonstiges

- 30.6. Einreichungspflicht der Steuererklärungen 2020 (Einkommen-, Umsatz-, Körperschaftsteuer) über FinanzOnline
- 30.6. Fallfrist für Antrag auf Rückholung ausländischer MwSt 2020 aus Nicht-EU-Ländern
- 30.6. Frist für Beantragung der Tranche 1 des Fixkostenzuschusses 800.000 endet
- 30.6. Frist für Beantragung der Tranche 1 des Verlustersatzes endet

JULI

Fälligkeiten

- 15.7. USt für Mai
Lohnabgaben für Juni

AUGUST

Fälligkeiten

- 16.8. USt für Juni bzw. 2. Quartal
Lohnabgaben für Juli
Est-Vorauszahlung 3. Viertel
KöSt-Vorauszahlung 3. Viertel
- 31.8. Pflichtversicherung SVA

SEPTEMBER

Fälligkeiten

- 15.9. USt für Juli
Lohnabgaben für August

Fristen und Sonstiges

- Bis 30.9. Erklärung Arbeitnehmerpflichtveranlagung 2020 L 1 in Papierform oder FinanzOnline bei zumindest zeitweise gleichzeitigem Erhalt von zwei oder mehreren lohnsteuerpflichtigen Bezügen, sonst ist der Termin der 30.6. (via FinanzOnline)
- Bis 30.9. Fallfrist für Antrag auf Erstattung ausländischer MwSt (EU) für das Steuerjahr 2020
- Bis 30.9. Herabsetzungsanträge für die Vorauszahlungen 2021 für Einkommen- und Körperschaftsteuer

OKTOBER

Fälligkeiten

- 15.10. USt für August
Lohnabgaben für September

Fristen und Sonstiges

- ab 1.10. Beginn der Anspruchsverzinsung für Nachzahlung Est/KSt 2020
- bis 31.10. Antrag auf Ausstellung eines Freibetragsbescheides

NOVEMBER

Fälligkeiten

- 15.11. USt für September bzw. 3. Quartal
Lohnabgaben für Oktober
Est-Vorauszahlung 4. Viertel
KöSt-Vorauszahlung 4. Viertel
- 30.11. Pflichtversicherung SVA

DEZEMBER

Fälligkeiten

- 15.12. USt für Oktober
Lohnabgaben für November

Fristen und Sonstiges

- bis 31.12. Schriftliche Meldung an GKK für Wechsel der Zahlungsweise (zwischen monatlich und jährlich) der MVK-Beiträge für geringfügig Beschäftigte
- bis 31.12. Die Frist für die Arbeitnehmerveranlagung 2016 bzw. für den Antrag auf die Rückzahlung von zu Unrecht einbehaltener Lohnsteuer läuft ab
- 31.12. Mitteilungspflicht für Country-by-Country Reporting (Formular oder FinanzOnline) bei Regelwirtschaftsjahr der obersten Muttergesellschaft
- 31.12. Frist für Beantragung der Tranche 2 des Fixkostenzuschusses 800.000 endet
- 31.12. Frist für die Beantragung der Tranche 2 des Verlustersatzes endet
- 31.12. Verpflichtung zur Einreichung des Jahresabschlusses zum 31.12.2020 beim Firmenbuch für (verdeckte) Kapitalgesellschaften (Covid-19 bedingte Verlängerung)

COVID-19-VERLUSTERSATZ FÜR UNGEDECKTE FIXKOSTEN

Diese weitere Maßnahme zur Abfederung der Beeinträchtigungen durch die Corona-Krise (sowie zur Erhaltung der **Zahlungsfähigkeit** und zur **Überbrückung von Liquiditätsschwierigkeiten**) sieht – dem Namen entsprechend – einen **Ersatz von Verlusten** vor, welche **zwischen 16. September 2020 und 30. Juni 2021** anfallen. Konkret können bis zu 10 Betrachtungszeiträume bzw. Monate innerhalb dieses Zeitraums gewählt werden. Die Betrachtungszeiträume müssen zeitlich zusammenhängen, wobei eine Lücke aufgrund der Inanspruchnahme des (Lockdown)-Umsatzersatzes zulässig ist. Der Verlustersatz – die **maximale Förder-summe** beträgt **3 Mio. € pro Unternehmen** – kann ab einem **Umsatzausfall von 30%** beantragt werden und muss insgesamt mindestens 500 € ausmachen. Für

Fortsetzung auf Seite 3

COVID-19-VERLUSTERSATZ FÜR UNGEDECKTE FIXKOSTEN (Fortsetzung von Seite 2)

die Ermittlung des Umsatzausfalls ist auf die für die Einkommen- oder Körperschaftsteueranmeldung maßgebenden Waren- und Leistungserlöse abzustellen. Grundsätzlich berechnet sich der **Umsatzausfall** aus der **Differenz** zwischen der Summe der Umsätze in den antragsgegenständlichen Betrachtungszeiträumen (maximal 10 Betrachtungszeiträume; z.B. darunter Oktober 2020) und der Summe der Umsätze der jeweils als **Vergleichszeiträume** herangezogenen Monate des Jahres **2019**.

Die **Beantragung** ist bereits **seit 16. Dezember 2020 möglich** und führt je nach Unternehmensgröße zu unterschiedlichen Konsequenzen. **Große und mittlere Unternehmen** (50 oder mehr Mitarbeiter und Jahresumsatz oder Bilanzsumme größer als 10 Mio. €) erhalten bis zu **70%** ihres „Verlustes“ des Betrachtungszeitraums – zur Ermittlung dieser Bemessungsgrundlage siehe weiter unten. **KMU**s (mit bis zu 49 Mitarbeiter und Jahresumsatz oder Bilanzsumme kleiner 10 Mio. €) erhalten bis zu **90%** ihres **Verlustes des Betrachtungszeitraums**. Das antragstellende Unternehmen muss eine **Vielzahl an Anforderungen** erfüllen. Neben Sitz oder Betriebsstätte und operativer Tätigkeit in Österreich darf etwa auch **kein grobes Fehlverhalten** in der **Vergangenheit** vorliegen (z.B. darf keine rechtskräftige Finanzstrafe oder Verbandsgeldbuße von mehr als 10.000 € über Antragsteller oder dessen geschäftsführende Organe aufgrund von Vorsatz in den letzten 5 Jahren verhängt worden sein). **Ausgeschlossen** vom Verlustersatz sind übrigens neu gegründete **Unternehmen**, die **vor dem 16. September 2020** noch **keine Umsätze** erzielt haben.

Im Detail sind Ablauf und Berechnung des Verlustersatzes durchaus komplex. Die **Antragstellung** für den Verlustersatz an die **COFAG** muss über einen **Steuerberater**, **Wirtschaftsprüfer** oder **Bilanzbuchhalter** erfolgen, wobei bis zu 1.000 € verlusterhöhend angerechnet werden können, wenn ein Verlustersatz bis maximal 36.000 € erwartet wird. Der **zu ersetzende Verlust** ist – jeweils auf den Betrachtungszeitraum bezogen – grundsätzlich die **Differenz** zwischen den **Erträgen** und den unmittelbar bzw. mittelbar zusammenhängenden **Aufwendungen** des Unternehmens. Die

Erträge beinhalten **Umsätze aus Waren- und Leistungserlösen**, Bestandsveränderungen, aktivierte Eigenleistungen und sonstige betriebliche Erträge (mit Ausnahme jener aus dem Abgang von Anlagevermögen). Die **Aufwendungen** umfassen abzugsfähige **Betriebsausgaben** gem. EStG bzw. KStG; davon ausgenommen sind außerplanmäßige Abschreibungen von Anlagevermögen und Aufwendungen aus dem Abgang von Anlagevermögen. Der den Zinsertrag übersteigende -aufwand zählt auch zu den Aufwendungen, soweit er nicht (verhältnismäßig) auf die Finanzierung von Finanzanlagevermögen zurückzuführen ist. Der so ermittelte **Verlust** ist **gegebenenfalls** noch um **weitere Posten** wie z.B. Zuschüsse i.Z.m. Kurzarbeit oder Zuwendungen von Gebietskörperschaften, die aufgrund der COVID-19-Krise geleistet wurden, **zu kürzen**.

Die **Auszahlung** des Verlustersatzes erfolgt **in zwei Tranchen**. Die **erste Tranche** umfasst **70%** des voraussichtlichen Verlustersatzes und muss **bis 30.6.2021 beantragt** werden. Die **Schätzung** des Verlustes im Rahmen der Prognoserechnung für die erste Tranche kann in pauschalierter Form auf Vorjahresdaten sowie auf Daten aus dem unternehmensrechtlichen Rechnungswesen basieren. Die **zweite Tranche** zwecks Auszahlung des noch nicht ausbezahlten Verlustersatzes kann **ab 1.7.2021 bis 31.12.2021 beantragt** werden. Bei der Antragstellung für die zweite Tranche müssen gegebenenfalls auch inhaltliche Korrekturen zum Erstantrag sowie eine **Endabrechnung** (basierend auf tatsächlichen Werten) vorgenommen werden.

Damit es zu keiner Überförderung kommt, kann der **Verlustersatz** grundsätzlich **nicht** für jene Zeiträume bezogen werden, für welche **bereits Lockdown-Umsatzersatz** bzw. **Fixkostenzuschuss II** (800.000) gewährt wird. Ein Umstieg vom Fixkostenzuschuss II (800.000) auf den Verlustersatz ist einmalig möglich. Die Kombination aus Verlustersatz und Lockdown-Umsatzersatz ist unter bestimmten Voraussetzungen jedoch denkbar.

Der **Lockdown-Umsatzersatz** für den Zeitraum ab 7. Dezember 2020 kann übrigens **bis 20. Jänner 2021** (zuvor galt der 15. Jänner 2021 als Frist) **beantragt** werden.

BILANZIERUNG VON INVESTITIONSPRÄMIEN UND FIXKOSTENZUSCHÜSSEN NACH UGB

Wir haben in der letzten Ausgabe (KI 12/20) über die **Bilanzierung von Covid-19-Maßnahmen im Jahresabschluss** berichtet. Besteht **kein Rechtsanspruch** auf den Zuschuss, ist dieser dann als Forderung zu aktivieren, wenn der Berechtigte am Abschlussstichtag die sachlichen Voraussetzungen für die Gewährung des Zuschusses erfüllt hat und der Zuschuss bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses bewilligt worden ist. Sofern ein **Rechtsanspruch** auf den Zuschuss **besteht** und der Antrag mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit gestellt werden wird, muss für die Aktivierung einer Forderung keine Bewilligung vorliegen.

Zur Bilanzierung von Covid-19-Zuschüssen nach UGB liegt mittlerweile eine **Fachinformation des AFRAC** vor. Laut AFRAC wird für die **Covid-19-Fördermaßnahmen** aus der **Fiskalgestaltung der Grundrechte** ein **Rechtsanspruch auf die Förderung abgeleitet**, sofern die sachlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Für die **Aktivierung einer Forderung** betreffend die **Covid-19-Investitionsprämie** müssen ein **berechtigter Förderungswerber** und eine **förderbare Investition** vorliegen. Darüber hinaus müssen bis zum Abschlussstichtag **erste Maßnahmen i.S.d. Investitionsprämiengesetzes gesetzt** worden sein. Auf die **Inbetriebnahme** der Investition, die Bezahlung bzw. Abrechnung, die Bestätigung des Steuerberaters bzw. Wirtschaftsprüfers oder den Zufluss der Prämie **kommt es nicht an**.

Für die **Aktivierung einer Forderung** betreffend **Fixkostenzuschüsse** müssen ein **begünstigtes Unternehmen**, entsprechende **Umsatzausfälle** gemäß Förderbedingungen und **nachweisbar förderbare Fixkosten** im jeweiligen **Betrachtungszeitraum** vorliegen. Auf die Bestätigung des Steuerberaters bzw. Wirtschaftsprüfers oder den Zufluss des Zuschusses kommt es wiederum nicht an.

Zu beachten ist, dass **nur jener Teil der Prämie bzw. des Zuschusses als Forderung aktiviert** werden darf, der **anteilig in den tatsächlich angefallenen und bilanzierten Kosten bzw. Aufwendungen Deckung findet**. Sofern bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses bekannt wird, dass

BILANZIERUNG VON INVESTITIONSPRÄMIEN UND FIXKOSTENZUSCHÜSSEN NACH UGB

(Fortsetzung von Seite 3)

die Investitionsprämie bzw. der Fixkostenzuschuss nicht gewährt werden wird, etwa da die **budgetären Mittel ausgeschöpft** sind oder sofern bekannt wird, dass eine **Rückzahlungsverpflichtung droht**, ist dies bei der **Bilanzierung zu berücksichtigen**. Die Covid-19-Zuschüsse sehen eine **Vielzahl an Auflagen und Bedingungen** vor, die gegebenenfalls auch eine Rückzahlungsverpflichtung auslösen können. Die Auflagen und Bedingungen sind **in ihrer Gesamtheit zu beurteilen**. Dabei ist eine Einschätzung zu treffen, ob der Eintritt einer Rückzahlungsverpflichtung wahrscheinlich ist oder nicht. Sollte eine **Rückzahlungsverpflichtung am Abschlussstichtag wahrscheinlich sein**, ist eine **sonstige Rückstellung zu passivieren**.

REGISTRIERKASSEN-JAHRESBELEG BIS SPÄTESTENS 15. FEBRUAR PRÜFEN

Bei der Verwendung von **Registrierkassen** sind bekanntermaßen **Sicherheitsmaßnahmen** zu beachten, die den **Schutz vor Manipulation** der in der Registrierkasse gespeicherten Daten sicherstellen sollen. Start-, Monats- und Jahresbeleg unterstützen die **vollständige Erfassung der Umsätze** in der Registrierkasse. Dabei müssen **Jahresbelege** zum Abschluss eines jeden Jahres (unabhängig vom gewählten Wirtschaftsjahr) **erstellt, überprüft** und für 7 Jahre (gesetzliche Aufbewahrungsfrist) **aufbewahrt** werden. Für das **Jahr 2020** ist demnach – trotz Corona-Krise – **bis spätestens 15. Februar 2021** für jede Registrierkasse separat ein **Jahresbeleg zu erstellen** und zu **überprüfen**. Der **Monatsbeleg für Dezember** ist zu

gleich der Jahresbeleg und kann wie jeder andere **Nullbeleg** durch Eingabe des Wertes 0 erstellt werden. Eine Überprüfung kann manuell mithilfe der **"BMF Belegcheck App"** vorgenommen werden. Sofern die Registrierkasse über die entsprechende technische Ausstattung verfügt, kann der Jahresbeleg **elektronisch erstellt** und über den **Registrierkassen-Webservice** zur Prüfung an FinanzOnline übermittelt werden. In diesem Fall sind Ausdruck und Aufbewahrung des Belegs **nicht notwendig**. In **Ausnahmefällen** – kein Internetzugang und kein Smartphone – ist auch eine **manuelle Übermittlung** des Jahresbelegs (Formular RK 1) möglich. Das **Versäumen der Frist** (15. Februar 2021) kann eine **Finanzordnungswidrigkeit** darstellen.

STEUERLICHE EINKÜNFTE EINES NICHT WESENTLICH BETEILIGTEN GMBH-GESELLSCHAFTERS

Ist ein **Gesellschafter-Geschäftsführer** an der Kapitalgesellschaft **wesentlich** (mehr als 25%) **beteiligt**, sind in der Regel **Einkünfte aus selbständiger Arbeit** gegeben. Bei einer **geringeren Beteiligung** liegen typischerweise **Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit** vor, sofern die allgemeinen Merkmale eines Dienstverhältnisses gegeben sind. Sollten Personen mit **Minderheitenanteil** gesellschaftsrechtlich ein **Recht auf Sperrminorität** ausüben können, liegen laut § 25 Abs. 1 Z 1 EStG **trotzdem** Einkünfte aus **nichtselbständiger Arbeit** vor, sofern die allgemeinen Merkmale eines Dienstverhältnisses erfüllt sind.

Bei einem dem **VwGH** vorliegenden Fall (GZ Ra 2018/13/0061 vom 19.5.2020) war im Gesellschaftsvertrag der GmbH festgelegt, dass **Gesellschafterbeschlüsse** nur mit einer **Mehrheit von 90%** gefasst werden können. In der GmbH gab es eine **Gesellschafter-Geschäftsführerin** (mit 25,25% Beteiligung) sowie drei **Gesellschafter** mit jeweils 23,25% und einen **Gesellschafter** mit einer 5%-igen Beteiligung. **Fraglich** war insbesondere, wie die **Gesellschafter** mit 23,25% steuerrechtlich zu behandeln sind, die alle jedoch **nicht Geschäftsführer** der GmbH waren. Durch den Gesellschaftsvertrag war faktisch sichergestellt, dass nur einstimmig Beschlüsse in der GmbH gefasst werden können. Insofern kam sogar dem **Gesellschafter** mit lediglich 5% Beteiligung ein **Vetorecht** zu. Alle

Gesellschafter hatten eine **Gewerbeberechtigung** und einen gleichlautenden Vertrag mit der Gesellschaft abgeschlossen, wonach sie **IT-Dienstleistungen** für die Kunden der GmbH erbrachten – aber ohne Verpflichtung zur Arbeitsleistung und **ohne fixen Arbeitsort** bzw. ohne fixe Arbeitszeit. Die **Gesellschafter** konnten aber die **Infrastruktur** der GmbH nutzen. Die Entlohnung erfolgte mit **gesondertem Stundensatz** aufgrund einer monatlichen Rechnung.

Strittig war die **Einordnung der Einkünfte** der drei **Gesellschafter** mit einer nicht wesentlichen Beteiligung (jeweils 23,25%) und **ohne Geschäftsführerbefugnis** (jedoch **mit Sperrminoritätsrecht**). Das **Finanzamt** und das **Bundesfinanzgericht** teilten die Auffassung, dass die nicht wesentlich beteiligten **Gesellschafter** aufgrund der **Sperrminorität** steuerlich nach **§ 25 Abs. 1 Z 1 lit b EStG** als **Dienstnehmer** der **GmbH** anzusehen waren, weshalb die Bezüge in die Bemessungsgrundlage für den Dienstgeberbeitrag und den Zuschlag zum Dienstgeberbeitrag einzubeziehen wären.

Der **VwGH** hob diese **Entscheidung** jedoch **auf** und stellte klar, dass der angesprochene **Spezialtatbestand** nur für **Gesellschafter-Geschäftsführer** anzuwenden ist, da per Definition nur auf Fälle abgezielt wird, in denen eine **Weisungsgebundenheit** von vornherein (wegen der **Sperrminorität**)

nicht gegeben sein kann. Im vorliegenden Fall konnten die **Gesellschafter**, welche nicht als **Geschäftsführer** tätig waren, zwar aufgrund ihrer **vertraglichen Sperrminorität** **Generalversammlungsbeschlüsse** verhindern, aber es war ihnen aufgrund ihrer **Beteiligungsverhältnisse nicht möglich**, sich den **Weisungen** der einzigen **Gesellschafter-Geschäftsführerin** **zu widersetzen** (d.h., sie konnten nicht über die **Geschäftsführerin** bestimmen, um deren Anweisungen nicht folgen zu müssen). Da der **Verweis auf § 25 Abs. 1 Z 1 lit b EStG** im konkreten Fall **ins Leere ging** (da nicht alle Merkmale für diese Sonderbestimmung erfüllt waren), konnten auch die **Einkünfte** der **Gesellschafter** **nicht** unter die **Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit** fallen. Schließlich lagen auch die sonst typischen Merkmale eines Dienstverhältnisses nicht vor, sodass die **Gesellschafter** **Einkünfte aus selbständiger Arbeit** erzielten.

Bei allen personenbezogenen Bezeichnungen gilt die gewählte Form für beide Geschlechter. Die veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt und ohne Gewähr.

Impressum:
Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:
Klier, Krenn & Partner – Klienten-Info GmbH
Redaktion: 1190 Wien, Döblinger Hauptstraße 56/4.

Richtung: unpolitische, unabhängige
Monatsschrift, die sich mit dem Wirtschafts- und
Steuerrecht beschäftigt und speziell für Klienten
von Steuerberatungskanzleien bestimmt ist.

© www.klienten-info.at
© Konzept & Design: DI(FH) Sylvia Fürst